

Zeitschrift:	Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses
Herausgeber:	Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
Band:	65 (1974)
Heft:	23
Rubrik:	Pressespiegel des VSE = Reflets de presse de l'UCS

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.

Centrales nucléaires:

L'eau du Rhône va se réchauffer considérablement

La réfrigération des «tranches» nucléaires qui seront construites le long du Rhône va provoquer un échauffement des eaux de ce fleuve. Pour connaître l'importance de ces variations de température, l'EDF a procédé à une étude précise.

Alors que le Rhône à Lyon ne dépasse 23° qu'une semaine par an à l'état naturel, cette température, après aménagement des centrales de Bugey et de Creys serait dépassée 4 semaines par an et monterait à plus de 25° au moins 18 jours par an. Quant aux 30°, «ils ne seraient atteints que très rarement».

Ces estimations sont faites en fonction d'un équipement maximum de sites nucléaires le long du fleuve et avec seulement trois tranches refroidies par des tours atmosphériques, les autres centrales l'étant par les eaux du fleuve. L'EDF étudie d'autre part la possibilité d'utiliser des eaux supplémentaires du lac Léman et prévoit l'établissement d'un profil écologique du Rhône (flore et faune) afin de prévenir toute anomalie.

«Les Dernières Nouvelles d'Alsace», Strasbourg, 19. Oktober 1974

D. Wer in diesen ersten kalten Tagen des Jahres des frühen Morgens seine Lungen mit frischer Luft füllen wollte, der gab das Vorhaben – zumindest in den Agglomerationen – rasch auf. Mit dem ersten Atemzug hatte er genug Schwefeldioxyd eingetauscht, um die Übung schleunigst abzubrechen. Mit dem Beginn der Heizperiode werden wir wiederum mit den Verbrennungsrückständen unserer Heizungen beglückt, die nicht nur übel riechen, sondern auch höchst gesundheitsschädigend sind. Und doch machen diese Gesundheitsschäden höchstens einigen Präventivmedizinern Sorgen, die schwefelarmes Öl, bessere Einstellung der Heizungen und Filter in den Kaminen fordern, während sich gegen die recht hypothetische Gefährdung durch die Atomkraftwerke eine ganze Anzahl Eiferer finden. Kein Mensch würde die Atomkraftwerke bauen, wenn sich nicht die Frage der Energieverknappung in aller Schärfe stellen würde, kein Mensch Atomstrom herstellen, wenn jemand einen sinnvollen Energieverzicht sinnvoll begründen und mit all den damit verbundenen Folgeerscheinungen auch vertreten würde. – Man kann es sich sehr viel einfacher machen. Statt auf jenen Teil des Stromes zu verzichten, der aus Atomkraftwerken stammt und damit einen Beitrag zur Dämpfung des Energiekonsums zu leisten, bezieht man ihn einfach fröhlich weiter. Aber man zahlt ihn nicht. So einfach kann man es sich machen, wenn man an den Realitäten vorbeiseht, wie dies an der Grosskundgebung in Kaiseraugst geschah.

«Die Tat», Zürich, 1. Oktober 1974

Gegen ein Verbot von Reklamebeleuchtung

sda. In einer Eingabe an den Vorsteher des EVED hat der Fachverband Schweizerischer Neonfirmen (FSN) zu den vorgesehenen Massnahmen bezüglich der Versorgung des Landes mit elektrischer Energie im Fall von Knappheit Stellung bezogen. Der FSN vertritt insbesondere die Auffassung, dass die ins Auge gefasste lineare Kontingentierung auf Grund des Vorjahresverbrauchs als geeignete Sparmassnahme zu betrachten sei. Entschieden lehnt dagegen der FSN ein Verbot der Reklamebeleuchtung ab. Eine solche Massnahme hätte keine relevante Sparwirkung. Gemäss den Erhebungen des VES beträgt der Anteil der Schaufenster- und Reklamebeleuchtung am Gesamtstromverbrauch der Schweiz lediglich 0,9 Prozent. Der auf die Reklamebeleuchtung allein entfallende Anteil ist weit geringer. Überdies werden die Leuchtschriften zu 90 Prozent mit Nachtstrom betrieben. Damit werde die Energieversorgung nicht zur Hauptverbrauchszeit beansprucht, und der sonst nutzlose Nachtstrom könne einer wirtschaftlichen Verwendung zugeführt werden.

Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

Die gegenwärtige Lage der Neon-Branche, deren Tätigkeit eng mit dem Baugewerbe zusammenhängt, sei bereits prekär. Ein Verbot für Reklamebeleuchtung würde die Situation ganz wesentlich verschlimmern. Die Arbeitsplätze der rund 1000 in der Branche beschäftigten Arbeitnehmer wären gefährdet.

Der FSN unterstützt im übrigen die Stellungnahme der Schweizerischen Kommission für Sicherheit im Strassenverkehr (SKS), welche zu Recht festhält, dass eine Reduktion der öffentlichen Beleuchtung eine ernsthafte Verkehrgefährdung, vor allem für Fußgänger darstellen würde. Festzuhalten ist überdies, dass gemäss Untersuchungen in verschiedenen Grossstädten die Beleuchtung der Ballungszentren, welche die grösste Verkehrsdichte aufweisen, bis zu 70 Prozent durch Lichtreklamen und Schaufensterbeleuchtung erfolgt.

«Werdenberger und Obertoggenburger», Buchs, 9. Oktober 1974

Stromrationierung

Eine eventuelle lineare Reduktion der in einer bisherigen Basisperiode verbrauchten KWh wird die sparsamen Verbraucher auf das schwerste benachteiligen. Wer bisher nur wusch, wenn die Waschmaschine mit 4 kg Wäsche gefüllt war – und entsprechend die Wäsche sammelte und sortierte –, nur eine volle Geschirrwaschmaschine laufen liess, die Wärme der Kochplatte und des Backofens möglichst ausnützte und schliesslich Heisswasser über die kombinierte Ölheizung bezog, wird grosse Mühe haben, kWh einzusparen, ohne dass es ihm wesentlich an den Komfort ginge. Wer bisher eher sorglos Energie verbrauchte und verschwendete, kann durch überlegtes Einteilen leicht einen Drittel der Energie einsparen. Es wäre deshalb gegebenenfalls die Grösse der Wohnung oder des Hauses, die Anzahl der Bewohner und die Art des Kochens (Gas oder Elektrisch) und der Heisswasserzubereitung (elektrischer Boiler oder kombinierte Ölheizung) zu berücksichtigen, um jenen eine Minimalmenge an elektrischer Energie zuzuteilen, die bisher aus prinzipiellen und/oder finanziellen Gründen im Verbrauch sparsam waren.

W. E. R.

«Neue Zürcher Zeitung», 18. Oktober 1974

Rund ums Stromsparen: Wettbewerb angekündigt

(sda) Um Ideen und Vorschläge für den haushälterischen Umgang mit der Energie in Bauten zu erfassen und allgemein auszuwerten, hat der Schweizerische Ingenieur- und Architekten-Verein (SIA) einen Ideenwettbewerb ausgeschrieben. Er stellt eine Gesamtpreissumme von 50 000 Franken zur Verfügung, die durch den Beitrag des Schweizerischen Vereins von Wärmeingenieuren und Klimingenieuren (SWKI) von 10 000 Franken ergänzt wird. Der SIA begründet seine Aktion damit, dass etwa die Hälfte des Energieverbrauchs in der Schweiz auf die Beheizung und Klimatisierung von Bauten entfällt.

«Neue Zürcher Nachrichten», Zürich, 18. Oktober 1974

Auch an Weihnachten Strom sparen

(sda) Wegen drohenden Strommangels haben die welschen Elektrizitätswerke die Gemeinden und Gewerbeverbände ersucht, an den Festtagen zum Jahresende auf Lichtdekor zu verzichten. In einem Communiqué räumte das Westschweizer Elektrizitätsamt (Ofel) zwar ein, dass die öffentliche Beleuchtung und Lichtdekor nur einen sehr geringen Teil des gesamten Energiebedarfs beanspruche. Dennoch seien gerade in diesem Sektor freiwillige Einsparungen nötig, weil es sonst psychologisch schwieriger wäre, später von der Allgemeinheit allfällige notwendig werdende Einschränkungen zu verlangen.

«Neue Zürcher Nachrichten», Zürich, 18. Oktober 1974

Rohkost wird Trumpf

Es wurde offiziell bekanntgegeben: Für den Fall, dass in den nächsten Jahren der Bedarf an elektrischer Energie die Erzeugung übertrifft, und auch notwendige Importe nicht getätigt werden können, ist die Stromrationierung vorgesehen. Experten, die sich mit diesem Problem beschäftigen, schlagen dabei eine sogenannte lineare Kontingentierung vor, wie die «Weltwoche» zu berichten weiß. Alle 2,5 Millionen Strombezüger müssten sich einschränken, Industrie, Gewerbe und Haushalte würden gleichmäßig betroffen. Reklamebeleuchtung, Schwimmbadheizungen wären wahrscheinlich ganz untersagt, hingegen lebensnotwendige Bereiche (Spitäler usw.) von den Kürzungen ausgenommen. Praktisch würde das so durchgeführt, dass beispielsweise jeder Strombezüger verpflichtet wäre, seinen Konsum im Vergleich zum Vorjahr um 10 Prozent einzuschränken. Mit Stichproben würden die Stromzähler kontrolliert und wer sich um die Beschränkungsmaßnahmen nicht kümmert, müsste mit Abschaltung der Elektrizitätsversorgung und mit einer Busse rechnen.

Der Elektrizitätsverbrauch gliedert sich heute wie folgt: Industrie 39 Prozent, Gewerbe und Geschäftshäuser 27, Haushalte 26, Bahnen 7 und öffentliche Beleuchtung 1 Prozent.

Frohe Kunde wenigstens für die kommenden Monate: Die Speicherseen sind praktisch voll gefüllt, und wenn der Winter nicht allzu niederschlagsarm und kalt wird, muss das Schweizer Volk vorläufig noch nicht auf Rohkost umstellen. *rm*

«AZ Freier Aargauer», Aarau, 17. Oktober 1974

Verzicht auf eine Weihnachtsbeleuchtung in der Winterthurer Altstadt

L. Auf Initiative der Genossenschaft zur Förderung der Winterthurer Altstadt besprachen sich die Vertreter sämtlicher Quartiervereine der Altstadt über die Zukunft der traditionellen Weihnachtsbeleuchtung. Wie die «Junge Altstadt» dazu berichtet, informierte Direktor J. Peter von den Städtischen Werken über die Versorgungsanlage mit elektrischer Energie, die sich bekanntlich in den nächsten Jahren eher noch verschärfen könnte. Nach ausgiebiger Diskussion fasste die Tagung den einstimmigen Beschluss, dieses Jahr auf eine Weihnachtsbeleuchtung in der Altstadt ganz zu verzichten. Es werden jedoch einige geschmückte Christbäume aufgestellt, deren Energiebedarf für die Beleuchtung lediglich etwa der Leistung einer Straßenlaterne entspricht, die aber trotzdem weihnächtliche Vorfreude spenden können.

«Allgemeiner Anzeiger vom Zürichsee», Wädenswil, 4. Oktober 1974

Rapperswil: Bei Keller-Ullmann wird Strom gespart

pd. Die Direktion des Kaufhauses Keller-Ullmann in Rapperswil ist der Meinung, dass sich Sparmaßnahmen auf dem Energiesektor aufdrängen, möchte aber nicht warten, bis derartige Massnahmen von Seiten der Behörden möglicherweise angeordnet werden müssen. Es wurde deshalb die Anweisung gegeben, alle Leuchtreklamen und Schaufensterbeleuchtungen um 20.30 Uhr zu löschen und in den Vormittagsstunden die Innenbeleuchtung um ein Drittel zu reduzieren.

Das Kaufhaus Keller-Ullmann ist überzeugt, mit dieser Massnahme bei seinen Kunden und bei der Öffentlichkeit auf volles Verständnis zu stoßen. Es ist ein Beweis dafür, dass die Unternehmungspolitik die Umweltprobleme im weitesten Sinn und zur richtigen Zeit nach Möglichkeit berücksichtigt.

«Zürichsee-Zeitung», Stäfa, 3. Oktober 1974

Im August Elektrizität gespart

DDP. Der Elektrizitätsverbrauch des Kantons Basel-Stadt ist im August 1974 gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres leicht zurückgegangen. Die Stagnation des Stromkonsums geht vor allem – dies ist dem «Basler Zahlspiegel» des Statistischen Amtes zu entnehmen – auf Konto der industriellen Grossbezüger. Diese verbrauchten rund zehn Prozent weniger Strom als im August 1973. Der Konsum des Gewerbes stieg deutlich an, derjenige der Haushalte leicht, so dass die Einsparungen der Industrie beinahe wieder kompensiert wurden.

Die Abgabe von elektrischer Energie stagnierte in Basel bereits während des ganzen ersten Halbjahres 1974. Während der industrielle Verbrauch in den ersten sechs Monaten von 1973 rund 239 Millionen Kilowattstunden (KWh) betragen hatte, sank er im ersten Halbjahr 1974 um 7,1 Prozent auf 222 Millionen KWh. Da aber auch in dieser Periode die Tendenz bei Haushalten und Gewerbe entgegengesetzt verlief, schlägt sich die Spar- samkeit der Industrie nur als Stagnation und nicht als starker Rückgang des Gesamtverbrauches nieder.

Der stagnierende Gesamtverbrauch steht im Gegensatz zur Entwicklung der vergangenen vier Jahrzehnte, als Basel-Stadt – wie auch die übrige Schweiz – eine jährliche Zunahme des Stromkonsums von rund vier Prozent aufwies. Eine Umfrage bei mehreren Grossabnehmern des Elektrizitätswerkes Basel ergab, dass die Industrie am Rheinknie aus finanziellen Gründen versucht, Energiekosten einzusparen. Mehrfach wurde aber die Befürchtung geäußert, dass bei einer linearen Kürzung des Stromverbrauchs von beispielsweise zehn Prozent bei einer eventuellen Rationierung Stromverbraucher, die bereits heute sparen, «die Dummen sein könnten».

Die grösste Zunahme des Verbrauches im Sektor Gewerbe und Haushalte geht – wie ein Sprecher des Elektrizitätswerkes Basel erklärte – nicht auf Konto der Privaten, sondern muss vielmehr den Büros, Banken und Versicherungen angelastet werden. Diese Ansicht wird durch einen kürzlich veröffentlichten Bericht des Elektrizitätswerkes der Stadt Zürich bestätigt. Darin wird gezeigt, dass Gewerbe und Dienstleistungen von Jahr zu Jahr rund zehn Prozent mehr Strom verbrauchen, während sich die Zunahme für die Haushalte im Bereich von ein bis drei Prozent bewegt.

«National Zeitung», Basel, 22. Oktober 1974

Verantwortungsbewusstsein und Kernenergie

Die Tatsache, dass die Schweiz ihren zukünftigen Energiebedarf – wenn nicht eine verhängnisvolle Abhängigkeit vom Ausland heraufbeschworen werden soll – ohne Kernenergie nicht decken kann, ist heute allgemein bekannt. Der Ausbau der Wasserkraftwerke ist an einer natürlichen Grenze angelangt, Erdgas wird noch auf Jahre hinaus einen prozentual geringen Beitrag zur Energieversorgung leisten können, und auch das Erdöl steht nicht in unbeschränkter Menge zur Verfügung und wird zudem angebotsseitig von politischen und wirtschaftlichen Kräften gelenkt, die sich unserer Beeinflussung entziehen. Die «Energiekrisse» im vergangenen Winterhalbjahr war dafür Beweis genug.

Mit dem Beginn der Kernenergie-Gewinnung hat sich, vor allem in den an Atomkraftwerken grenzenden Regionen, eine Opposition aufgebaut, die den Proponenten der Kernenergie öfters schwer zu schaffen machte, und dies auch weiterhin tut. Eine Opposition allerdings, die – soweit um der Sache und nicht nur um der Opposition an und für sich betrieben – ihren berechtigten Zweck bereits heute zu erreichen beginnt. Nach einer Phase der Unbeholfenheit, in der an Veranstaltungen zum Thema Atomkraftwerke auch die Energieerzeuger ab und zu unsachlich argumentierten und ihre «Gegner» als lästige und bedeutungslose Widersacher zu übergehen versuchten, scheint sich eine Phase des Verstehens abzuleiten.

Diejenigen Opponenten, die in ihrer Kritik stets sachlich geblieben sind, dürfen mit Genugtuung die Worte vermerkt haben, die der Berner Professor W. Winkler, Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie, vor wenigen Tagen an deren Generalversammlung dieser Dachorganisation geäußert hat. Wenn Winkler ausführte, «die Entwicklung der Kernenergie darf uns nicht davonlaufen, sondern sie muss durch weitsichtige, vorausblickende, bedachtsame und äusserst sorgfältige Planung gesteuert werden», so ist dies ein bemerkenswertes Zeugnis des Verantwortungsbewusstseins an höchster Stelle. Die Kerntechnik kann nicht einfach, wie dies bei anderen Erzeugnissen möglich ist, durch einen Ausbau der Kapazitäten in einen Boom hineingeritten werden. Vor allem gilt es, und dies ist nach Winkler derzeit das Schlüsselproblem der Kernenergie, die Ausbildung von Nuklearfachleuten zu forcieren. Wir kommen ohne Kernenergie in Zukunft nicht aus und werden lernen müssen, mit und in der Umgebung von Atomkraftwerken zu leben. In diesem

Lernprozess wird uns das Bewusstsein, dass verantwortungsvolle und fachkundige Menschen am Schaltthebel stehen, eine Hilfe sein. Und deshalb ist zu hoffen, dass der Appell Winklers an die versammelte Elite der Kernenergiebranche auf guten Boden gefallen ist.

Peter Schaad

«*Solothurner Zeitung*», 27. August 1974

Auf Kernkraftwerke angewiesen

al. Bern, 3. Okt. Bundesrat Ritschard bekräftigte am Donnerstag vor dem Ständerat, dass der Elektrizitätsbedarf in nächster Zeit nur mit Atomkraftwerken gedeckt werden könne, wobei der Sicherheit dieser Anlagen grösste Beachtung geschenkt werde. Ferner rechtfertigte er die Zusammensetzung der Expertenkommission, die bis in zwei Jahren ein Gesamtenergiekonzept ausarbeiten soll. Ihr Auftrag werde nächstens veröffentlicht.

In einem parlamentarischen Vorstoss hatte sich Heimann (Idu., Zürich) erkundigt, nach welchen Kriterien die Kommission für die Ausarbeitung einer Gesamtenergiekonzeption ausgewählt worden sei und nach welchen Richtlinien sie ihre Aufgabe zu erfüllen habe. Urech (fdp., Aargau) hatte von der Landesregierung wissen wollen, wie sie in den nächsten Jahren die Versorgung der Schweiz mit Energie sicherzustellen gedenke.

Energieartikel für die Verfassung

Bundesrat Ritschard erinnerte in der Antwort auf Heimanns Vorstoss daran, dass ursprünglich eine Riesenkommission vorgesehen war, der Bundesrat dann aber einer kleinen Expertengruppe den Vorzug gegeben habe, in die auf Grund der Kritik zwei zusätzliche Vertreter des Umweltschutzes ernannt worden seien.

Auf Heimanns Vorbehalt an der Wahl des Motor-Columbus-Verwaltungsrats, Ing. Michael Kohn, zum Präsidenten, erwiderte Ritschard, dass er es persönlich nicht als Nachteil empfinde, «wenn man die politische und wirtschaftliche Herkunft eines Kommissionspräsidenten zum voraus kennt und sie nicht erst aus dem Schlussbericht herausinterpretieren muss». Ritschard erwartet von den Experten unter anderem einen Entwurf zu einem Energieartikel der Bundesverfassung, damit die Regierung auf diesem Gebiet aktiv werden könne.

In der Diskussion wies Wenk (soz., Basel-Stadt) auf frühere Fehler des Bundesrats hin und kritisierte auch den Standort des Kernkraftwerks Kaiseraugst. Ritschard entgegnete seinem Parteikollegen äusserst heftig. Die dumme Schwarzmalerei im Zusammenhang mit A-Werken könne er nicht akzeptieren. Die verschiedenen Kommissionen und auch die Erbauer der Kernkraftwerke würden die Sicherheit ernst nehmen.

Mangel an Sicherheitsspezialisten

Im Zusammenhang mit Urechs Fragen wies Ritschard auf den dringlichen Bundesbeschluss hin, der dem Bundesrat die Möglichkeit geben soll, notfalls den Stromverbrauch zu rationieren. Bei reichlicher Wasserführung und ständiger Produktion der Atomkraftwerke würde man bis 1980 über genügend elektrische Energie verfügen. Wahrscheinlicher sei jedoch eine mittlere Wasserführung, so dass ein Manko bis zu 10 Prozent entstehen werde. Die Kernkraftwerke Gösgen, Leibstadt und Kaiseraugst seien alle gleichzeitig baureif. Da es an Sicherheitsspezialisten fehle, befindet sich erst Gösgen im Bau. Die Sicherheitsprüfungen für Leibstadt könnten 1975 abgeschlossen werden, jene für Kaiseraugst erst 1976. Man müsse deshalb mit dem Engpass in der Stromversorgung zu leben lernen, «denn bei den Sicherheitsprüfungen gibt es keine Beschleunigung», betonte Bundesrat Ritschard. Heimann erklärte sich von der Antwort teilweise befriedigt, Urech befriedigt.

«*Tages-Anzeiger*», Zürich, 4. Oktober 1974

Massvolle Energiepolitik

St. Gallen, STK. Das Aktionskomitee für eine massvolle Energiepolitik hat am 19. Oktober 1974 bei der Staatskanzlei ein «Initiativbegehren für eine massvolle Energiepolitik» als Gesetzesinitiative in der Form des ausgearbeiteten Entwurfes angemeldet.

Die Initiative verlangt den Erlass eines kantonalen Gesetzes mit folgendem Inhalt:

«Art. 1: Der Kanton St. Gallen setzt sich im Rahmen seiner rechtlichen und politischen Möglichkeiten dafür ein, dass der Bund wirksame Massnahmen trifft, um im Rahmen einer schweizerischen Gesamt-Energiekonzeption den Energieverbrauch im Verhältnis zur Einwohnerzahl ohne Verzug zu stabilisieren.

Solange diese Stabilisierung nicht erreicht ist, wenden sich Staat und Gemeinde im Rahmen ihrer rechtlichen und politischen Möglichkeiten gegen den Bau von Atomkraftwerken auf ihrem Gebiet.

Art. 2: Der Regierungsrat erlässt die zum Vollzug des Gesetzes erforderlichen Vorschriften.

Art. 3: Dieses Gesetz wird nach Annahme in der Volksabstimmung sofort angewendet.»

Das Initiativbegehren ist mit einer Rückzugsklausel versehen. Es wird im Amtsblatt vom 28. Oktober 1974 veröffentlicht. Die Frist zur Unterschriftensammlung und zur Einreichung des von mindestens 4000 Stimmberechtigten des Kantons St. Gallen unterzeichneten Initiativbegehrens beginnt am 29. Oktober 1974 und läuft am 29. Januar 1975 ab.

«*St. Galler Tagblatt*», St. Gallen, 23. Oktober 1974

Weder Atomkraftwerk Rheinklingen noch Pumpspeicherseen am Hochrhein

li. Die NOK erwarben im Rahmen ihrer langfristigen Planung zur Sicherstellung der Elektrizitätsversorgung im Jahre 1970 oberhalb Rheinklingen ein am Rhein gelegenes Areal, das sich für die Erstellung eines Kernkraftwerkes mit Flusswasserkühlung geeignet hätte. Seitdem der Bundesrat für weitere Kernkraftwerke an Aare und Rhein die Flusswasserkühlung abgelehnt hat, wurde das Projekt Rheinklingen von den NOK nicht weiter verfolgt. Der Verkäufer des Landwirtschaftsbetriebes interessiert sich gegenwärtig für den Rückkauf des Wohnhauses, womit das Projekt des Atomkraftwerkes hinfällig werden dürfte. Dies geht aus einer Antwort der Thurgauer Regierung auf eine Einfache Anfrage hervor. Von gleicher Stelle vernimmt man, dass das Eidgenössische Amt für Wasserwirtschaft Untersuchungen über Pumpspeichermöglichkeiten in der Schweiz vorgenommen hat. Am Untersee waren fünf Möglichkeiten ins Auge gefasst. Das Eidgenössische Amt für Wasserwirtschaft kam in diesen Fällen zum Schluss, die Anlage von Pumpspeicherseen entlang dem Bodensee komme aus wirtschaftlichen Gründen nicht in Frage. Um eine wirtschaftliche Ausbaugrösse zu erreichen, seien Fallhöhen unter 300 bis 350 Meter ausgeschlossen. Am Untersee betrügen diese Höhen durchwegs nur 200 bis 300 Meter. Aus diesen Gründen wurde davon abgesehen, in den erwähnten fünf Fällen durch ein generelles Vorprojekt die Frage der Anlage solcher Seen genauer zu untersuchen. Die Anlage von Pumpspeicherseen am Untersee steht allerdings in keinem Zusammenhang mit den Kühlproblemen, die sich einem Atomkraftwerk in Rheinklingen stellen würden.

«*Bischofszeller Zeitung*», Bischofszell, 17. Oktober 1974

Schwörstadt – «möglicher Standort»

at. Beim Kernkraftwerkvorhaben in Schwörstadt, unmittelbar an der Schweizer Grenze am Hochrhein, handle es sich «um einen der verschiedenen möglichen Standorte», die in einem Bericht enthalten seien, der noch dem Landtag vorgelegt werden müsse. Dies führte nach einer am Donnerstagabend verbreiteten Meldung des aargauischen Informationsdienstes die Regierung des Landes Baden-Württemberg aus, bei der am 15. und 16. Oktober der aargauische Regierungsrat zu Gast war.

Wie bereits mitgeteilt, war der Regierungsrat des Kantons Aargau Gast der Regierung des Landes Baden-Württemberg. Im Rahmen dieses Besuches wurde zwischen den beiden Behörden ein Meinungsaustausch über gemeinsam interessierende Sachfragen geführt.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Kernkraftwerkprojekte am Hochrhein. Die baden-württembergische Regierung gab, soweit ihr das heute möglich ist, eine Orientierung über das Kernkraftwerkvorhaben in Schwörstadt. Hier handle es sich um einen der verschiedenen möglichen Standorte, die in einem Bericht enthalten seien, der noch dem Landtag vorgelegt werden müsse. Wenn Schwörstadt aktuell werden sollte, dann erst im

Laufe der 80er Jahre. Mehr als zwei Blöcke seien nicht zu erwarten. Die Aargauer Regierung gab ihrem Bedauern darüber Ausdruck, dass sie nicht früher von diesem Vorhaben der Badenwerke AG Kenntnis erhalten hat. Sie wies auf die Nähe der Standorte Kaiseraugst und Schörstadt hin und ersuchte die Regierung des Landes Baden-Württemberg, darauf hinzuwirken, dass, falls am Standort Schörstadt festgehalten werden sollte, die Dimensionierung der Anlage auf keinen Fall zu gross erfolgen dürfe. Auf die aargauische Frage nach den bei Schörstadt vorgesehenen Abklärungen sowie den Sicherheits- und Umgebungsschutzmassnahmen wurde versichert, dass äusserst strenge Maßstäbe angelegt werden würden. Von aargauischer Seite wurde über den Stand der Projekte Kaiseraugst und Leibstadt orientiert. Schliesslich wurde eine engere Zusammenarbeit ver einbart hinsichtlich der Probleme, die sich aus den grenzüberschreitenden Emissionen am Hochrhein ergeben.

«Aargauer Tagblatt», Aarau, 18. Oktober 1974

Das Spiel mit der Atomangst

ofi. In Kaiseraugst wurde wieder einmal demonstriert – gegen das Atomkraftwerk. Organisiert wurde die Demonstration von einem «linksbürgerlichen» Aktionskomitee (so die «National-Zeitung»), das sich «Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst» nennt und das vorwiegend von Baslern getragen wird. Es sollen ungefähr 2500 Demonstranten anwesend gewesen sein. Das Aktionskomitee spricht generös von 6000. Diese letztere Zahl wurde auch vom Radio verbreitet.

Es wurden verschiedene Reden gehalten, so auch von einigen Wissenschaftern. Wie man sich überhaupt wissenschaftlich gab, man zitierte denn auch fleissig Wissenschafter aus aller Welt, darunter auch einige Pseudowissenschaftler. Auch Politiker waren anwesend, darunter die Basler Grossräatin Trudi Gerster, die ihrem Beruf «Märchenante beim Radio Basel» alle Ehre machte. Überhaupt sollen verschiedene Märchen zum besten gegeben worden sein. Man war auch fleissig im Schüren von Angstgefühlen. Auch das ist nichts Neues, die Massenmedien üben sich schon seit geraumer Zeit in dieser Kunst, und, wie es scheint, mit Erfolg. Mit gezielten Halbwahrheiten wird das von Angst aufgewühlte Volk kontinuierlich gefüttert. Schlagzeilen wie «35 Verletzte in einem Kraftwerk» oder «Stillegung von 15 Atomkraftwerken» oder «Wissenschaftler warnen vor Atomkraftwerken» sind an der Tagesordnung. Die Dementis werden dann meistens recht unscheinbar wiedergegeben.

Anti-Atomkraftwerk-Demonstrationen eignen sich natürlich besonders gut, um gegen das politische Establishment, die Industrie und den Kapitalismus zu wettern. Man prangert das Profitdenken der Kraftwerkunternehmungen an, wohlweislich vergessend, dass die meisten Kraftwerk-Aktiengesellschaften ganz oder teilweise im Besitze der öffentlichen Hand sind. Wie viele der ahnungslosen Demonstranten wissen schon, dass zum Beispiel sämtliche Aktien der Nordostschweizerischen Kraftwerke im Besitze der nordostschweizerischen Kantone sind?

Wenn auch in einer Basler Zeitung von einem Aufstand des Mittelstandes und vom Widerstand eines bis anhin lammfrommen Wahlvolkes gegen die bestehende Ordnung die Rede ist, erhofft man sich in Linkskreisen von solchen Demonstrationen gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen. So schreibt etwa die «National-Zeitung»: «Immer wichtiger werden bei den Gegnern gesellschaftspolitische Argumente: Das Gefühl, den Interessen mächtiger wirtschaftlicher und politischer Gruppen ausgeliefert zu sein, der Zweifel an der Tauglichkeit unserer demokratischen Institutionen». Dass Linkskreise rührig hinter der gegenwärtigen Angstkampagne stehen, ergibt sich auch aus der Tatsache, dass die linksextreme Poch, die revolutionäre Marxistenliga und andere undurchsichtige Organisationen auf dem Platz waren und für ihre Ideen warben.

Wie das so üblich ist an solchen Demonstrationen, wurden auch Resolutionen verabschiedet und Aktionen beschlossen. Unter anderem sollen 1000 Haushaltungen in der Region Basel, zehn Prozent der Stromrechnungen nicht mehr bezahlen. Damit soll dagegen protestiert werden, dass ungebunden Atomstrom ins Haus geliefert werde. Auch Aluminiumprodukte sollen boykottiert werden, weil Aluminium einer der grössten Stromfresser der

Schweiz sei. Später will man eine schwarze Liste erstellen von western zu boykottierenden stromintensiven Produkten.

Diese Aktionen sind mehr als lächerlich. Strom muss bekanntlich niemand konsumieren. Es ist jedermann freigestellt, ob er sich elektrisch rasieren will oder ob er nach alter Väter Sitte zum Rasiermesser greifen will. Auch für das elektrische Kochen gibt es Alternativen. Die Bürgergemeinden und die Landwirte wären noch so froh, wenn sie wieder Brennholz verkaufen könnten. Auch Zähne putzen und Geschirr abwaschen geht von Hand fast so gut und fast so schnell wie mit einem Apparätschen. Aber auch der Fernsehkasten und erst recht der dreimal mehr Strom verbrauchende Farbfernsehapparat gehören nicht zu den lebensnotwendigen Gütern. Vielleicht könnten die lieben Basler auch ihre Industrieunternehmungen, die ebenfalls eine ganz hübsche Menge Strom konsumieren, auffordern, etwas haushälterischer mit der Elektrizität umzugehen und auf eine weitere Expansion zu verzichten. Das wären Beiträge, die den Stromverbrauch ein dämmen würden. Davon liest man aber nichts in der Resolution. Man will den eigenen Konsum nur nicht mehr bezahlen, aber selber einen Beitrag leisten und verzichten, davon ist keine Rede.

Es ist bei diesen Unternehmen wie bei den meisten Basler Aktionen: Man zeigt gerne mit den Fingern auf die andern, vergessend, dass man selber im Glashaus sitzt. So hat man den ganzen Kanton überbaut und verlangt nun Erholungsräume in den andern Kantonen. Man ist gegen Kühltürme, lässt aber das eigene Abwasser immer noch ungeklärt den Rhein hinunter, weshalb die Wasserkühlung der Kernkraftwerke nicht angewendet werden kann, weil sonst das Rheinwasser nach Basel zu warm und stark belastet wäre. Man poltert gegen die Industrie, und ihre Weltkonzerne machen nichts anderes, als ganze Landstriche anderer Kantone in Besitz zu nehmen und mit Immissionen zu beglücken. Man ist gegen Kernkraftwerke in der Region Basel und erwartet, dass diese irgendwo in den Alpen gebaut werden und dass andere Leute die landschaftsverschandelnden Leitungen nach Basel übernehmen. Die Basler täten gut, langsam einzusehen, dass man nicht nur Nutzniesser des technischen Zeitalters sein kann, sondern dass man gewisse Nebenerscheinungen in Kauf nehmen muss.

Im übrigen haben die bisherigen Atomkraftwerke, die bereits seit 15 und mehr Jahren in Betrieb sind, zu keinen Pannen und zu keinen Schäden bei der Bevölkerung geführt. Dass gewisse Risiken mit den Kernkraftwerken verbunden sind, soll gar nicht weddiskutiert werden. Aber bestehen zum Beispiel bei den Stauseen in unseren Alpen keine Risiken? Risikofrei ist nichts auf dieser Welt, und wenn der Mensch nie ein Risiko eingegangen wäre, lebte er wahrscheinlich noch in Höhlen oder wäre schon längst von der Bildfläche verschwunden. Das ganze von Basel aus gesteuerte Getue um die Kernkraftwerke erinnert einen unweigerlich an jene Zeiten, als die ersten Eisenbahnen durch die Gegenden rollten und aufgescheuchte Bürger versuchten, die Durchfahrt mit Mistgabeln zu verhindern. Und noch eins: Sollte es wegen der Verzögerungsmanöver zu einer Stromrationierung kommen, obwohl von Rednern in Kaiseraugst frischfröhlich erzählt wurde, wir hätten genügend Strom und das ganze Gejammer sei nur Mache, so wird man gut tun, die Ration für die Basler besonders einengend zu bemessen. Vielleicht würde man heute schon gut tun, den Baslern kurzerhand den Strom abzuschneiden. Wahrscheinlich wären sie sehr bald wieder dankbar dafür, dass ihnen ungebeten Atomstrom ins Haus geliefert wird.

«Aargauer Tagblatt», Aarau, 3. Oktober 1974

Der neue Minger

Jedesmal, wenn Bundesrat Ritschard in Fahrt kommt, bedauert man, dass nicht er die bundesrätliche Kampagne gegen die Überfremdungsinitiative steuert. Das bedeutet keinen Vorwurf an die Adresse der andern sechs Herren im Kollegium, aber ein Vertrauensvotum für ihn: Er besitzt die seltene Gabe, rasch, aber richtig, auf den Kern einer Sache vorzustossen und seine Gedanken so vorzutragen, dass ihn jeder begreift. Der «einfache Mann» samt seiner Frau hört ihm zu und pflichtet ihm meistens bei, und der Intellektuelle bewundert seine Schlagfertigkeit. Im richtigen Augenblick setzt er die entscheidende Pointe. Mit Grund heisst es von ihm bereits, die Schweiz habe einen zweiten Minger.

Aus dem Stegreif hielt gestern Ritschard im Ständerat eine glänzende Rede zur Energiepolitik. Anlass bot eine von zwölf Standesherren eingereichte Interpellation, nachdem er eine elfköpfige Kommission für die Erarbeitung eines Gesamtenergiekonzeptes ernannt hatte. Zielscheibe der Kritik war deren Präsident, der Motor-Columbus-Manager Michael Kohn: der sei wohl ein ausgewiesener Fachmann, aber eben doch ein ausgesprochener Vertreter der Elektrizitätswirtschaft und deshalb nicht objektiv. Ritschard verschwendete wenig Zeit zur Verteidigung «seines» Präsidenten: er kenne ihn seit langem und setze volles Vertrauen in seine Fähigkeit, alle zusammenhängenden Probleme richtig zu werten, auch jene des Umweltschutzes. «In meiner grenzenlosen Loyalität habe ich schon in der ersten Sitzung noch zwei besondere Vertreter des Umweltschutzes der Kommission beigegeben», hielt er Konrad Graf entgegen, der vorgeschlagen hatte, eine umweltfreundliche «Alternativkommission» einzusetzen. Als Bescherung von zwei Kommissionen wären schliesslich zwei Berge von Gutachten vorgelegen, ergänzte der Dpartementschef, und von dieser Expertokratie habe er nachgerade genug: 13 000 ungelesene Seiten über einen zukünftigen Alpentunnel lägen bereits unter seinen Akten...

Der Basler Sozialdemokrat Wenk, der die Nähe des Atomkraftwerks Kaiseraugst in Stadtnähe bedauerte, nukleare Gefahren heraufbeschwore und die Elektrizitätswirtschaft als privaten Interessenclub verdächtigte, bekam eine handfeste Philippika zu hören: Wenn in diesem Ständeratssaal nicht eine gedämpfte Sprache üblich wäre, würde er seinem Parteifreund jetzt wüst sagen, erklärte Ritschard. Und eben so ehrlich, wie er mit den Direktoren der Elektrizitätswerke kürzlich umgesprungen war und ihnen Geduld mit den misstrauischen Atomkraftgegnern empfahl, putzte er jetzt jenen Umweltschützern das Mösch, die mit unbewiesenen Behauptungen über künftige radioaktive Schrecken systematisch Panik verbreiten. *Rudolf Stickelberger*

«Der Oberthurgauer», Arbon, 4. Oktober 1974

Erpresserischer Weltbund

Sämtliche Kandidaten für die am kommenden Sonntag stattfindende Vorarlberger Landtagswahl auf ihre Haltung in der Frage des geplanten schweizerischen Atomkraftwerkes Rüthi festlegen, wollte der Weltbund zum Schutze des Lebens. Bis zum vergangenen Dienstag sollten die Kandidaten die Fragen: «1. Sind Sie für oder gegen das Atomkraftwerk Rüthi? 2. Sind Sie für oder gegen Kernspaltwerke im allgemeinen, wenn ja, warum?», beantworten.

Im Begleitschreiben zu dieser Befragung wurden die Kandidaten darauf aufmerksam gemacht, dass man sie im Falle einer Nichtbeantwortung als Befürworter des Atomkraftwerkes Rüthi betrachten werde, und dass gegebenenfalls das Ergebnis der Befragung namentlich und nach Parteien gruppiert noch vor den Wahlen veröffentlicht werde. Zu verstehen gegeben wurde weiter, dass sich eine offene Haltung pro Rüthi unweigerlich im Wahlergebnis niederschlagen werde. Zur Begründung dieser Befragung führte der Weltbund zum Schutze des Lebens an, er befürchte, die Beteuerungen der drei im Landtag vertretenen Parteien in Sachen Atomkraftwerk Rüthi seien lediglich aus wahlaktischen Gründen abgegeben worden.

Landtagspräsident Dr. Tizian stellte fest, dass eine solche Erklärung, wie sie der Weltbund zum Schutze des Lebens fordere, im Widerspruch zur Landesverfassung stehe, denn die Landesverfassung lege ebenso wie die Bundesverfassung fest, dass die Abgeordneten an keinerlei Auftrag gebunden werden dürfen.

Die 68 Landtagskandidaten der OeVP haben in ihrer Antwort auf die bereits im Partei-Programm festgelegte Haltung der OeVP gegen Rüthi verwiesen. Ähnlich verwies ein Teil der sozialistischen Kandidaten auf das Programm der SPOe, während ein Teil der SP-Kandidaten eine negative Haltung bekundete, aber auch die Vorgangsweise als befremdend bezeichnete. Die Kandidaten der FPOe stützten sich ebenfalls auf die bisherigen «partei-amtlichen» Erklärungen. *S. M.*

«Die Ostschweiz», St. Gallen, 16. Oktober 1974

Sonnenenergie 1990 wettbewerbsfähig?

Eine optimistische Westinghouse-Prognose

Ende der achtziger Jahre werden mit Sonnenenergie betriebene Systeme zur Beheizung und Klimatisierung von Gebäuden mit konventionellen Systemen konkurrieren. Zu diesem Schluss kam eine Studie, die die Westinghouse Electric Corporation im Auftrag der US-Stiftung Wissenschaft angefertigt hat.

Wie Dr. Weinstein, Direktor der Abteilung Spezielle Energiesysteme der amerikanischen Firma, erklärte, werden Sonnenenergie für die Luft- und Warmwasserheizung von Eigenheimen in bestimmten Gegenden Kaliforniens in drei bis vier Jahren zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten. In den übrigen Landesteilen werde diese Energiequelle erst zwischen 1985 und 1990 infolge steigender Heizölpreise und einer Verbilligung der Sonnenenergiesysteme durch Massenproduktion interessant.

Die allgemeine Einführung von Sonnenenergiesystemen, so Dr. Weinstein, sei nur unter weitgehender Mitwirkung der Regierung möglich. Mit Unterstützung der Regierung jedoch könnten durch sonnenenergetische Beheizung und Klimatisierung von Eigenheimen und Mietshäusern bis 1990 rund 50 Mio bbl Erdöl (etwa 7949 Mia l) eingespart werden. Wirtschaftlich und ästhetisch attraktiv sei die Umstellung auf Sonnenenergie allerdings nur bei Eigenheimen und Mietshäusern, die entsprechend geplant worden seien.

«Schweiz. Handelszeitung», 29. August 1974

Statt Hosen zerrissen: Lochkarte gebissen – Computer beschissen

Neuenburg – Den Stromverbrauch einer mittleren Fabrik wollte das Neuenburger EW drei ahnungslosen Bürgern verrechnen: 100 000 Kilowattstunden für 13 800 Franken! Nun, die kleine «Fabrik» gibt es tatsächlich: Sie sitzt im Maul eines Dobermann-Hundes, zerbeiss mit Vorliebe Datenkarten und bringt damit den EW-Computer ins Schleudern ...

So kam es zum elektrischen Rechnungsschock: Auf seiner Ablesetour kam der städtische «Strommann» auch zum Haus eines Hundehalters – aber vorerst nicht zum Zähler: Ein knurrernder Dobermann versperrte ihm den Weg!

In grosser Sorge um seinen Hintern streckte der Stromableser dem Riesenvieh das schwarze EW-Mäppchen vor die Schnauze, liess das Tier zubeissen, vom Besitzer anketten und konnte so den Zählerstand doch noch ablesen.

Doch die scharfen Zähne des Hundes hatten in drei Datenkarten kleine Löcher gebohrt, die vom Computer als ordnungsgemäss eingetragene Striche verdaut und berechnet wurden – eben als 100 000 Kilowattstunden!

Ein Sprecher des EW Neuenburg zu BLICK: «Wir haben uns selbst amüsiert. Der Dobermann, der diesen Streich spielte, ist sonst sehr zutraulich. Im übrigen haben unsere Ableser Erfahrungen mit Hunden – einer hat sogar 40 Stück in seinem Rayon ...» *René Hanselmann*

«Blick», 30. August 1974

Erste batteriebetriebene Buslinie der Welt eröffnet

Mönchengladbach, 15. Okt. (AP). Die erste batteriebetriebene Buslinie der Welt ist am Dienstag in Mönchengladbach (BRD) in Betrieb genommen worden. Sieben Busse sollen zukünftig über eine 20 Kilometer lange Route, die durch reine Wohnviertel, verkehrsreiche Straßen in der Innenstadt, eine Fussgängerzone und schliesslich über ein Stück Landstrasse führt, mit einer Höchstgeschwindigkeit von 60 Stundenkilometern Mönchengladbach mit der Ortschaft Viersen verbinden.

Die völlig abgasfreien und nahezu geräuschlosen Busse zeichnen sich nach Herstellerangaben durch zügige Beschleunigung und ausserordentlich ruhiges Fahrverhalten aus. Die Antriebsbatterie wird in einem Anhänger mitgeführt und alle zwei Stunden an der Endhaltestelle innerhalb von vier Minuten per Knopfdruck an einer Ladestation ausgetauscht.

«Tages-Anzeiger», 16. Oktober 1974